



Dr. Johannes Luff

Leiter der Kriminologischen Forschungsgruppe
der Bayerischen Polizei (KFG), München

/// Hypothesen zur zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte

„Was mischt ihr euch ein?“

Es ist paradox: Dass ein Nichtschwimmer im tiefen Wasser seinen Retter aus Panik umklammert und dessen Leben gefährdet, ist im Zustand von Todesangst nachvollziehbar. Was aber bewegt Menschen, die Polizei bei Einsätzen gezielt anzugreifen und so Hilfe für Unterstützungsbedürftige zu verhindern? Warum feiert Gewalt gegen die Polizei Hochkonjunktur?

Gewalt: Alltag im öffentlichen Dienst?

Stören des Rettungsdienstes bei Erste-Hilfe-Maßnahmen, Handgreiflichkeiten gegen Gerichtsvollzieher, Aggressionen im Jobcenter. In einer Studie wurden Formen von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst untersucht, die unter die Straftatbestände Beleidigung, Bedrohung, sexuelle Gewalt, (versuchte) Körperverletzung und (versuchte) Tötung subsumiert werden können.¹ Beteiligt haben sich 1.631 Einrichtungen durch die Beantwortung eines Behördenfragebogens und insgesamt 10.674 Personen bei der Beschäftigtenbefragung. Von Gewalt am stärksten betroffen waren Gerichtsvollzieher und Beschäftigte in Bürgerämtern und Ordnungsämtern, mit Abstand folgten Justiz, Feuerwehr und weitere Rettungskräfte sowie die kommunale Sozial- und Arbeitsverwaltung. Die wenigsten Gewaltvorfälle gab es an den Hochschulen.

In einer Studie wurden die Formen der Gewalt im öffentlichen Dienst untersucht.

Am häufigsten gemeldet wurden Beleidigungen und Bedrohungen, schwerere Gewalttaten wurden seltener registriert. Männliche Beschäftigte waren – mit Ausnahme der sexuellen Gewalt – deutlich häufiger von körperlicher Gewalt betroffen als Frauen. Im Durchschnitt wurden nur etwa 30 Prozent der erlebten gewalttätigen Übergriffe gemeldet, was umgekehrt bedeutet, dass 70 Prozent der entsprechenden Erfahrungen im Dunkelfeld verblieben. Ausgeklammert bei dieser Untersuchung war die Polizei, die Gegenstand spezifischer, teils noch laufender Forschungsprojekte ist.²

Gewalt und Polizei: ein ideologisch besetztes Thema

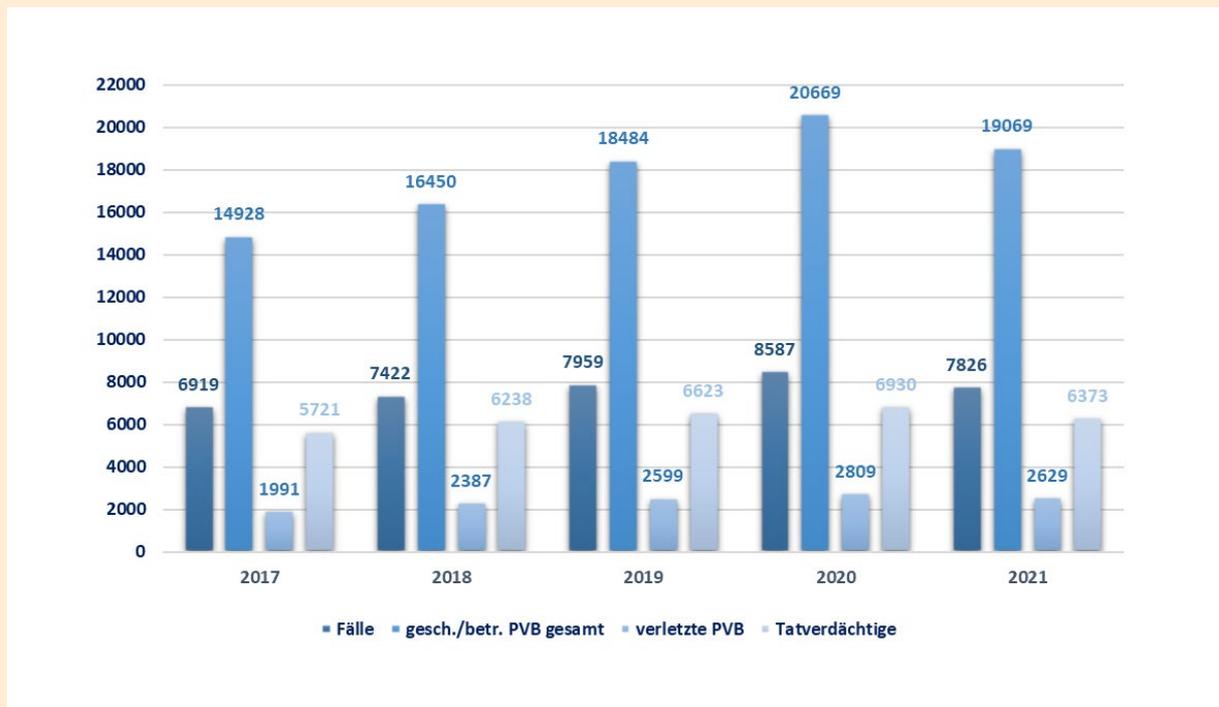
Das Thema Gewalt und Polizei ist oftmals ideologisch und emotional besetzt.

Während Betrugs- oder Eigentumsdelikten oft eine rationale Kosten-Nutzen-Kalkulation zugrunde liegt, spielen bei den meisten Gewaltstraftaten Emotionen eine nicht unwesentliche Rolle. Bei Beteiligung der Polizei wird das Thema „Gewalt“ zudem sehr schnell aus ideologisch verkrusteten Perspektiven geführt, die in öffentlichen Diskussionen erbittert aufeinandertreffen und bisweilen wissenschaftliche Standards in den Hintergrund treten lassen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Polizei vermeintlicher Täter³ oder eher Opfer⁴ ist. Im letztgenannten Fall kommen die Autoren in ihrer Kritik an einer „aktuellen Analyse“ der Gewalt gegen Polizisten zu folgendem Schluss: „In Bezug auf die seitens des Autors aufgestellten Behauptungen und die daraus gezogenen Schlüsse stellen wir fest, dass diese nicht dem Stand der Forschung entsprechen ... Der Beitrag ist damit eher Teil des Problems als der Diagnose des Phänomens ‚Gewalt gegen Polizei‘.“⁵

Der wissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses zwischen Polizei und Bürger liegen die Konfrontationen der Konfliktbeteiligten vor allem im öffentlichen Raum zugrunde. Gerade nach folgenschweren Ereignissen wie den Polizistenmorden in Kusel am 31. Januar 2022 stellt sich die Frage, ob Gewalt gegen Polizeibeamte eine steigende Tendenz aufweist und welche Ursachen dafür gegebenenfalls auszumachen sind.

Im Fünf-Jahres-Vergleich nimmt die Gewalt gegen Polizeibeamte (GewaPol) in Bayern von 2017 bis 2020 zu, bevor es – zum großen Teil Corona bedingt – 2021 wieder zu einem leichten Rückgang kommt.

Abbildung 1: Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern (2017-2021)



Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI):
Landeslagebild Bayern 2021 zur Gewalt gegen Polizeibeamte, München 2022, S. 6.

Mit 3.080 der 7.826 GewaPol-Fälle im Jahr 2021 (39,4 Prozent) sind Beleidigungen und damit Formen verbaler / psychischer Gewalt die mit Abstand am häufigsten registrierte Form von Aggressionen gegen Polizeibeamte.⁶ Auf der anderen Seite wurden 2021 10 Beamte Opfer eines versuchten Totschlags (2020: 5 Fälle) und 4 Beamte Opfer eines versuchten Mordes (2020: 4 Fälle). Da zudem im gleichen Zeitraum die Zahl der schwer verletzten Beamten von 17 auf 19 Personen gestiegen ist, scheint die Qualität der Gewalt gegen Polizeibeamte auch im Jahr 2021 zumindest nicht zurückgegangen zu sein.⁷

Zwischen Bürgern und Polizei herrscht ein paradoxes Verhältnis.

Die Gewaltbereitschaft steigt: drei Hypothesen

Das Verhältnis zwischen Polizei und Bürgern ist paradox. Einerseits ist die Polizei – neben den Ärzten und Universitäten – die Institution, der in Deutschland im Längsschnitt relativ konstant ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht wird.⁸ Andererseits kommt es immer häufiger zu Gewalt gegen Polizeibeamte mit teils schwerwiegenden Folgen. Als Diskussionsansätze seien nachfolgend drei Hypothesen zur steigenden Gewaltbereitschaft skizziert, die auf einer historischen, einer kommunikativen und einer Einstellungs-Dimension beruhen.

Die historische Dimension

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurden Autoritäten in den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland kaum hinterfragt. Empfehlungen des Pfarrers oder Anordnungen des Gendarmen wurden zumeist kritiklos befolgt, die Bereitschaft breiter Bevölkerungsschichten, sich im sozialen und politischen Gefüge ein- und unterzuordnen, war gegeben. Zaghafter Widerstand regte sich erstmals Mitte der 50er-Jahre im Zuge der geplanten atomaren Aufrüstung auf westdeutschem Boden und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Gut zehn Jahre später war es die Studentenbewegung, die mit ihren Protesten gegen den Vietnamkrieg der Amerikaner, die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik und gegen verkrustete Strukturen in den Hochschulen, aber auch mit neuen Formen des Zusammenlebens für öffentliches Aufsehen und Unruhe sorgte: Mit ihrer antiautoritären Stoßrichtung attackierten die Studenten eingefahrene Routinen in Staat und Gesellschaft. Nach der Studentenrevolte haben Autoritäten nicht mehr den Stellenwert, den sie vorher hatten.⁹

Aus Sicht der Studenten steht Autoritätshörigkeit im Gegensatz zu Freiheit und Selbstbestimmung und hat mit ihrem Anspruch auf blinde Gefolgschaft maßgeblich zur Entstehung des Nationalsozialismus beigetragen.¹⁰ Eine Folge der Studentenbewegung war daher die Hinwendung weiter Kreise zum Anti-Autoritarismus, der sich auf individueller Ebene in neuen Grundsätzen der Kindererziehung manifestierte und gesellschaftlich zu einem erwachenden Selbstbewusstsein der Bürger führte. Dieses neue Selbstbewusstsein konzentrierte sich auf die eigenen Wünsche und Vorstellungen und stärkte somit das „Ich“. Als Konsequenz traten überregionale Pläne und Bedürfnisse der Gemeinschaft (das „Wir“) in den Hintergrund. Sozial vollzog sich dabei ein Wandel von der tendenziell homogenen Gemeinschaft hin zum vergesellschafteten Individualismus.

In der Folge werden amtliche Anordnungen nicht nur immer kritischer hinterfragt, sondern durch teils von Bürgerinitiativen getragene Formen des Protests auch aktiv zu verhindern versucht. Bei Demonstrationen schwindet dabei zunehmend die Scheu vor der Konfrontation mit (ehemaligen) Autoritäten wie zum Beispiel der Polizei, die ab jetzt jede ihrer Maßnahmen im Kontakt mit dem Bürger legitimieren muss. „Folglich wird der Bürger nicht mehr als passiver Rezipient polizeilicher Maßnahmen verstanden, der demütig den staatlichen Anweisungen folgt; vielmehr nimmt er eine aktive Rolle ein, im Rahmen derer er erwarten darf, dass man ihm auf Augenhöhe begegnet und ihm das polizeiliche Handeln verständlich macht.“¹¹ Hoheitliches Handeln, sei es in Form verwaltungsmäßiger Bescheide oder körperlichen Einschreitens im öffentlichen Raum, wird nicht mehr kritiklos akzeptiert: Gegen umstrittene staatliche Entscheidungen wird rechtlich Widerspruch eingelegt und bei einem persönlichen Gegenüber neben passivem auch aktiver körperlicher Widerstand geleistet.

Die kommunikative Dimension

Bevor in den 60er-Jahren Fernsehapparate in größerem Umfang Einzug in deutsche Wohnzimmer hielten, waren die bevorzugten Informationsquellen der Bürger das Radio und die Tageszeitung. Während die Printmedien sich eher kontinuierlich weiterentwickelten, erlebten Radio und Fernsehen zum einen durch das rapide wachsende Angebot von Privatsendern und zum anderen durch neue Empfangsmöglichkeiten über Satellit oder das Internet „Quantensprünge“ hinsichtlich Anzahl und Variabilität ihrer Unterhaltungs- und Informationsangebote.

In nahezu allen Haushalten, in denen Jugendliche wohnen, gibt es heute Smartphones und Computer / Laptops, eine ähnliche Verbreitung haben Fernsehgeräte, teils in Form von Smart-TVs. Das Repertoire an zum großen Teil internetfähigen Geräten vervollständigen Radios, Tablets und Smart-speaker wie etwa Alexa.¹² Mit der Fülle möglicher Informationsquellen, zu der noch das Internet in seiner ganzen Bandbreite hinzukommt, wird das Angebot an Nachrichten – je nach Zielgruppen-Orientierung der entsprechenden Sender – vielfältiger und unübersichtlicher, Orientierungslosigkeit droht. „Jede Person und jede Gesellschaft muss permanent die geradezu unendliche Vielzahl eingehender Informationen filtern oder ordnen. Dies gilt insbesondere in Zeiten dramatischer Steigerung der Komplexität. Man denke an Globalisierung und Digitalisierung, technologischen Fortschritt und demographischen Wandel – der Ordnungsbedarf ist immens.“¹³

Digitalisierung und die zunehmenden Informationsquellen führen zu Orientierungslosigkeit.

Zur Erhöhung der Einschaltquoten werden Uniformträger oftmals negativ dargestellt.

Da zudem gerade private Anbieter im Konkurrenzkampf nicht selten Qualität durch Quote ersetzen, bietet es sich an, den Konsumenten schlagzeilen-trächtige und spektakuläre Ereignisse zu präsentieren: Das Leben einiger handelnder Akteure auf der Straße wird zur Reality-Show auf dem Bildschirm für alle. Dafür eignen sich besonders Szenen, bei denen es zu Handgreiflichkeiten kommt, an denen Uniformträger beteiligt sind. Auch wenn diese Szenen bisweilen aus dem Kontext gerissen sind und nur einen Teil der Geschehnisse wiedergeben, wird von einem polizeikritischen Publikum schnell ein Missbrauch des Gewaltmonopols unterstellt. Der entsprechende Link wird nach subjektiver Ferndiagnose und Interpretation des Ereignisses über die sozialen Medien mit eigener Kommentierung an Gleichgesinnte verteilt, die sich unter Ausblendung anderer Informationsmöglichkeiten und Sichtweisen in ihrer politischen Ideologie bestätigt sehen. Zur Reduzierung der Komplexität der modernen Welt entsteht bei manchen Individuen ein dichotomes Weltbild, bei dem der Empfänger der Nachricht auf der Seite der Guten, die Staatsgewalt auf der Seite des Bösen steht, das es zu bekämpfen gilt: Die Echokammer ist geboren – alternative Ansichten werden zu Fake News.

Mit dem Schritt von der realen in die virtuelle Welt ist auch ein Wandel der Autoritäten verbunden. Die neuen, nicht mehr direkt wahrnehmbaren Autoritäten sind die Blogger und Influencer im Internet, deren Qualifikation oft weniger auf fundierter Ausbildung und Kompetenz, sondern zum größeren Teil auf der Anzahl ihrer Follower beruht. Ihnen wird – zumindest hinsichtlich der persönlichen Bildung von Meinungen und Einstellungen – oft ebenso kritiklos gefolgt wie Jahrzehnte früher den realen Autoritäten.

Die Dimension der Einstellung

Eine wesentliche Grundlage menschlichen Verhaltens sind Einstellungen, die vor allem in der Sozialpsychologie unter dem Begriff „attitude“ seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein zentraler Gegenstand wissenschaftlicher Forschung sind.¹⁴ Kurz gesagt prägen Einstellungen das konstante Verhaltensrepertoire eines Menschen unter wechselnden Umweltbedingungen.

Von einzelnen Bevölkerungsgruppen mit einer kritischen Einstellung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird der Staat als autoritärer Machtapparat eingestuft, der (vermeintlich willkürlich) Freiheitsrechte entzieht oder zumindest beschneidet. Aus deren Sicht zeige sich dies zum Beispiel an dem Verbot einer Demonstration, womit das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt werde. Deutlich wurde dies in der Kritik an den Maßnahmen, die vom Bund

und den Ländern zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen wurden und die den Staat zum politischen Gegner stigmatisierten.

Der Hass auf die anonyme Organisation manifestiert sich in der Aggression gegen deren Vertreter beziehungsweise willfährige Handlanger. „Freiheitsrechte sind keinesfalls abstrakt: Sie wirken schon mit ihrer Erklärung, selbst ohne dass sie aktiv wahrgenommen werden. Wenn sie entzogen werden, wird dieser Vorgang schmerzlich erfahren. Und zwar nicht zuletzt an dem Ort, an dem sich der Staat materialisiert: in seinen Behörden und der Verwaltung. Hier machen Menschen entweder die Erfahrung der Mündigkeit und Integrität als Staatsbürger oder die der Demütigung in ‚autoritären Institutionen‘.“¹⁵

Der Polizeibeamte als unmittelbares Gegenüber gibt der Institution „Staat“ ein Gesicht und kann so zur Zielscheibe von Wutausbrüchen von Querdenkern und Extremisten, aber auch von frustrierten Bürgern werden, die wegen wirtschaftlicher Probleme in der Corona-Krise in prekäre Arbeitsverhältnisse abgerutscht sind. Dass der Staat für eventhungrige Bürger gerade in Zeiten einer Ausgangssperre zusätzlich Spielverderber und Spaßbremse ist, rundet die negativen Einstellungen gegenüber unserem demokratischen System ab.

Fazit

Polizeiliche Einsätze werden nicht zuletzt von Meinungsführern im Internet immer kritischer hinterfragt. Mit dem Schwinden der ehemaligen Autoritätsgläubigkeit geht eine Zunahme des subjektiven Selbstbewusstseins einher, das weder vor rechtlichen noch körperlichen Auseinandersetzungen mit der „Obrigkeit“ zurückscheut. Diese Entwicklungen treffen zum Teil über soziale Medien auf Personengruppen, deren kritische Einstellung gegenüber dem Staat bereits die ideologische Grundlage für Aggression gegen Polizeibeamte gelegt hat: Die Gewalt manifestiert sich.

**Mit schwindender
Autoritätsgläubigkeit
steigt die
Gewaltbereitschaft.**

///

Anmerkungen

- 1 Bühnen, Katharina / Küche, Coline / Piesker, Axel u. a.: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Speyer 2022, https://www.foev-speyer.de/fileadmin/Foev/Veranstaltungen/Gewalt_oeD_Zusammenfassung.pdf, Stand: 22.7.2022.
- 2 Siehe dazu das an der Deutschen Hochschule für Polizei (DHPol) durchgeführte Projekt MEGAVO (Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten). Als abgeschlossene Studien siehe zum Beispiel Ellrich, Karoline / Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian: Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern, Baden-Baden 2012, sowie Elsner, Erich / Laumer, Michael: Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern. Langzeitanalyse der Polizeilichen Kriminalstatistik und Auswertung von Strafverfahrensakten, München 2015.
- 3 Siehe die Diskussion zwischen Polizei und Autoren der Studie KviAPol („Körperverletzung im Amt durch Polizeibeam*innen“) zusammenfassend aus Sicht der Autoren unter https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPOL_Stellungnahme_final.pdf, Stand: 3.8.2022.
- 4 Staller, Mario S. / Körner, Swen: Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten – Analyse einer „aktuellen Analyse“, in: Polizei – Studium – Praxis (PSP) 2/2022, S. 19-21.
- 5 Ebd., S. 21.
- 6 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI): Landeslagebild Bayern 2021 zur Gewalt gegen Polizeibeamte, München 2022, S. 7.
- 7 Ebd., S. 12 f.
- 8 Siehe hierzu <https://kommunal.de/misstrauen-institutionen-forsa>, Stand: 4.8.2022.
- 9 Dazu und mit weiteren Quellenangaben siehe Luff, Johannes: Vom Autoritätsverlust zum Widerstand. Wenn die Interaktion mit der Polizei eskaliert, in: SIAK-Journal 2/2020, S. 21-30.
- 10 Zu dieser auf Adornos 1950 erschienenem Buch „The Authoritarian Personality“ basierender These siehe Furnham, Adrian: 50 Schlüsselideen Psychologie, Heidelberg 2010, S. 92-95.
- 11 Ellrich, Karoline / Baier, Dirk: Einstellungen zur bürgerorientierten Polizeiarbeit. Ergebnisse einer Befragung von Einsatz- und Streifendienstbeamten, in: SIAK-Journal 4/2015, S. 39-54, hier S. 40.
- 12 Siehe https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2021/JIM-Studie_2021_barrierefrei.pdf, S. 65, Stand: 4.8.2022.

- ¹³ Weidenfeld, Werner: Die andere Art über Politik zu berichten, in: Public Social Value, hrsg. vom Österreichischen Rundfunk, Wien 2016, S. 9-99, hier S. 96, https://zukunft.orf.at/rte/upload/isabelle/orf_public_value_social_studie_2016_web.pdf, Stand 4.8.2022.
- ¹⁴ Eckardt, Georg: Sozialpsychologie – Quellen zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Wiesbaden 2015, S. 65 f.
- ¹⁵ Decker, Oliver / Yendell, Alexander / Brähler, Elmar: Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit, in: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, hrsg. von Oliver Decker und Elmar Brähler, Gießen 2018, S. 157-178, hier S. 162.